



Berliner Bote 08/2014

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

liebe Genossinnen und Genossen,

ich freue mich, hier die neueste Ausgabe des Berliner Boten präsentieren zu können, der meine politische Arbeit für Sie bzw. Euch dokumentiert:

Rentenpaket

An diesem Freitag haben wir im Bundestag das Rentenpaket verabschiedet. Dies war keine Selbstverständlichkeit, da es insbesondere vom Arbeitgeberflügel der Union immer wieder in Frage gestellt worden ist. Dabei haben wir, wie von Anfang an mit der Union vereinbart, Regelungen beschlossen, die eine Frühverrentungswelle verhindern sollen. Das nun jeder, der 45 Jahre Rentenbeiträge bezahlt hat zwei Jahre früher und dies ohne Abschläge in Rente gehen kann, ist ein wichtiger Erfolg der SPD für die Arbeitnehmer. Weitere Informationen zum Rentenpaket:

<http://www.bmas.de/DE/Themen/Rente/Meldungen/weg-frei-fuer-rentenpaket.html?nn=6162>

Im Hinblick auf die Gegenfinanzierung des Rentenpaketes aus der Rentenkasse habe ich erhebliche Bedenken und in der nachfolgenden Pressemitteilung deutlich gemacht, dass diese Maßnahmen aus Steuermitteln von der Allgemeinheit hätten bezahlt werden sollen:

SPD-Bundestagsabgeordneter Johannes Fechner begrüßt Einigung zur Rente mit 63 - "Damit können alle, die 45 Jahre gearbeitet haben ohne Abschläge in Rente gehen"

SPD-Bundestagsabgeordneter Johannes Fechner freut sich, dass die Große Koalition eine Einigung erzielt hat und nun endlich die SPD-Idee der Rente mit 63 beschlossen werden wird. "Damit können alle, die 45 Jahre gearbeitet haben ohne Abschläge in Rente gehen", so Fechner. Arbeitsministerin Nahles habe die Sorgen von Unternehmen vor Frühverrentungswellen aufgenommen. Zu diesen werde es laut Fechner nicht kommen, weil Arbeitslosenzeiten in den letzten beiden Jahren vor dem Renteneintritt nicht berücksichtigt werden. "Es ist gerecht, dass Alle, die

45 Jahre Steuern und Abgaben gezahlt haben, ohne Abschläge in Rente gehen können", so Fechner. Allerdings sieht er einen schweren Fehler der Rentenreform darin, dass die Union die Gegenfinanzierung vollständig aus der Rentenkasse und nicht aus Steuermitteln durchgesetzt habe. Mütterrente und Rente mit 63 sollten von der Allgemeinheit, nicht nur den beitragszahlenden Arbeitnehmern und Arbeitgebern bezahlt werden. Als nächstes Ziel fordert Fechner die Abschaffung der sog. kalte Progression, also Steuerentlastungen für den Normalverdiener. Leider fordere die Union dies nur, präsentiere aber kein taugliches Konzept mit einer seriösen Gegenfinanzierung, obwohl die CDU seit bald fünf Jahren den Finanzminister stelle.

Gespräche zur Ortsumfahrung Winden im Elztal

Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer, Marita Schmieder von der Bürgerinitiative Pro Ortsumfahrung Winden, Bürgermeister Clemens Bieniger, Winden, und Bürgermeister Roland Tibi, Elzach, sind zu Gesprächen mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im Verkehrsministerium, Bär, CSU, und dem Verkehrsausschussvorsitzenden Burkert, SPD, nach Berlin gereist. Dabei wurde den Gesprächspartnern nochmals eindringlich der dringende Handlungsbedarf für den Bau der Umfahrung verdeutlicht. Die Vertreterin der Bürgerinitiative für die Ortsumfahrung Winden, Marita Schmieder hatte Gelegenheit, Ihre Positionen in einer Broschüre an den Verkehrsausschussvorsitzenden zu Übergeben (Foto). Ich bin sehr gespannt, ob das Bundesverkehrsministerium nun im Sommer die erforderliche Baufreigabe erteilt. Weitere Informationen sowie eine Pressemeldung hierzu sind auf meiner Homepage zu finden: <http://www.johannesfechner.de/>



Auf dem Bild (von links):. Regierungspräsidentin Schäfer, Bürgermeister Tibi, BI-Vorsitzende Schmieder, Verkehrsausschussvorsitzender Burkert, Bürgermeister Bieniger und ich.

TTIP – Freihandelsabkommen EU-USA

Viele Anfragen erreichen mich zum Freihandelsabkommen. Zunächst ist festzuhalten, dass es Sigmar Gabriel zu verdanken ist, dass aus den geheim geführten Verhandlungen nun eine öffentliche Debatte geworden ist. Er hat zugesagt, die Verhandlungen transparent und offen zu führen. Um die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger gleich aufzunehmen: Es wird nicht zu Absenkungen unserer deutschen bzw. - europäischen Standards kommen, etwa im Bereich der Lebensmittelqualität, oder bei Sozial-, Umwelt- oder Verbraucherrechts-Standards. Auch sind nicht-öffentlich tagende Schiedsgerichte für Unternehmensklagen vom Tisch. Wenn aber selbst Verbände wie die IG Metall zu einem Abkommen raten, in dem Zollschränken fallen, Produktzulassung koordiniert werden oder Firmen aus der EU die Teilnahme an Auftragsausschreibungen in den USA ermöglicht wird, dann lohnen sich Verhandlungen hierüber, denn dies kann bei uns Jobs bringen. Um letzterer Aspekte drehen sich die Verhandlungen. Die SPD wird keinesfalls Absenkung oder Abschaffung von Sozialstandards, Umweltschutzvorschriften oder Einschränkungen beim Verbraucherschutz akzeptieren.

Ein Schlüssel zu erfolgreichen Verhandlungen liegt in der Transparenz des Verhandlungsprozesses. Um die Interessen von Verbrauchern und Verbänden besser einzubinden, stellt Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel derzeit ein nationales Beratergremium bestehend aus allen wichtigen Verbänden zusammen.

Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland

Die Koalitionsfraktionen haben sich in einem gemeinsamen Antrag darauf geeinigt, auf europäischer Ebene die Möglichkeit für ein nationales Verbot von Grüner Gentechnik anzustreben. Es soll ein sog. Opt-out eingeführt werden. Das heißt, die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten sollen ein nationales Anbauverbot gentechnisch veränderter Organismen (GVO) erlassen können. Der Antrag ist ein großer Erfolg für die SPD. Noch im Januar haben die CDU-geführten Ressorts in der Bundesregierung ein generelles europaweites Anbauverbot verhindert. Nun stimmt die Unionsfraktion einem nationalen Verbot der grünen Gentechnik in Deutschland zu. Unsere Entschlossenheit hat sich gelohnt. Ferner haben wir auf unsere Initiative beschlossen, dass GVO-anbauende Mitgliedsstaaten gegenüber ihren Nachbarstaaten Schutzmaßnahmen ergreifen müssen.

Zu den Regelungen unseres Antrags:

Der Bundestag verlangt, die Möglichkeiten zum nationalen Ausstieg aus dem GVO-Anbau rechtssicher zu verankern dass ein Opt-out auch ohne Angabe von neuen objektiven Gründen bzw. Forschungsergebnissen jederzeit möglich ist. Darüber hinaus konkretisiert der Bundestag in zwei weiteren Bereichen:

1. Dass GVO-anbauende Mitgliedsstaaten gegenüber ihren Nachbarstaaten Schutzmaßnahmen ergreifen müssen (sogenannte Koexistenzregelung)

2. Sich für die im Koalitionsvertrag vereinbarte Kennzeichnung tierischer Produkte einzusetzen. Hierzu wird gegenwärtig ein weiterer Antrag des Bundestages erarbeitet.

Schülerbesuch aus Elzach und Teningen

Schulkassen aus Elzach und Teningen waren diese Woche zu Besuch im Bundestag. Auf dem Besuchsprogramm standen entweder der Besuch einer Plenardebatte oder ein Informationsvortrag im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes. Die Schülerinnen und Schüler konnten sich außerdem im persönlichen Gespräch mit dem Abgeordneten über die Arbeit eines MdB's informieren und Fragen direkt vom Abgeordneten beantworten lassen.



Die Teningener Schüler im Paul-Löbe-Haus des Bundestages

Voting für Riegeler Schule beim Energiesparmeister-Wettbewerb

Nochmals darf ich für das Voting für die Riegeler St. Anton Schule werben, von der ich folgende Mail bekommen habe: „Wir möchten Ihnen ganz herzlich für Ihre Hilfe danken, weil wir (als kleine Schule) einen starken Wettbewerbsnachteil haben, den wir nur mit viel persönlichem Engagement ausgleichen können. Deshalb sind wir sehr froh, dass Sie mithelfen, dass wir den Titel "Energiesparmeister Gold" evtl. doch nach Baden-Württemberg holen können. Die Kinder und begleitenden Lehrer freuen sich schon sehr auf die Reise nach Berlin und die tolle Veranstaltung zur

Preisverleihung. Ihnen noch einmal ein ganz großes Dankeschön und viele Grüße, Michael Bruckert, Lehrer“.

Zum Voting für die Riegeler Schule geht's noch bis Anfang Juni hier lang:

<http://www.energiesparmeister.de/wettbewerb/projekte/voting/projekt/baden-wuerttemberg-die-effizienten/>

Fragen und Antworten zur Energiewende

Es geistern viele Teilwahrheiten und Fehlinformationen zur Energiewende und zum EEG im Netz herum. Daher empfehle ich einen Blick auf die Fragen und Antworten auf der Seite des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie:

<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/F/faq-eeg-reform.property=pdf.bereich=bmwi2012.sprache=de.rwb=true.pdf>

Bei den tatsächlich bestehenden Knackpunkten Stichtagsregelung, Ausschreibung, Stromvermarktung usw., sind wir in der Diskussion und versuchen Lösungen im Sinne des Ausbaues erneuerbarer Energien zu finden. In der Landesgruppe im Bundestag koordiniere ich hierzu die politisch Initiative.

Bundestagsrede zur gesetzlichen Begrenzung von Dispo-Zinsen

Wir sind gegen Zinswucher bei Dispokreditzinsen in der Koalition aktiv geworden. Insbesondere wollen wir die Schuldnerberatung für Betroffene verbessern. Dies ist aus meiner Sicht ein wichtiger Punkt, der leider bei der Opposition keine Rolle spielte. Meine Plenarrede zur Debatte am 22. Mai ist unter folgendem Link auf der Bundestagshomepage zu sehen:

<http://www.bundestag.de/mediathek/?isLinkCallPlenar=1&action=search&contentArea=details&ids=3440201&instance=m187&categorie=Plenarsitzung&destination=search&mask=search>

Kommunal- und Europawahlen am 25. Mai

Alle Leserinnen und Leser des Newsletters rufe ich herzlich dazu auf, ihn ihrem persönlichen Umfeld für die Teilnahme an der Wahl und für unserer Kandidatinnen und Kandidaten der SPD zu werben und am kommenden Sonntag für sie zu stimmen. Auf kommunaler Ebene kann unmittelbar Einfluss auf die Situation vor Ort genommen werden, bei der Europawahl geht es darum, Martin Schulz zum ersten SPD-Kommissionspräsidenten zu machen und dem Gespenst des antieuropäischen Populismus entgegenzutreten und etwas für die Friedensordnung Europas zu tun. Also nochmals:

BITTE AM SONNTAG WÄHLEN GEHEN UND **SPD WÄHLEN !**

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Dr. Johannes Fechner, MdB